

PRESSEINFORMATION

**Geschäftsführendes
Vorstandsmitglied**

Bearbeiterin
Christiane Conzen

E christiane.conzen@staedtetag-bw.de
T 0711 22921-48
F 0711 22921-42

Az 047.43 - P 439/2022 · Co

18.11.2022

Kulturszene vor Ort stabilisieren und stärken - Städtetag diskutiert mit Kultur-Staatssekretär

Ulm/Stuttgart. Kunst und Kultur leiden stark unter den Folgen der Corona-Pandemie. Wie sich deren Publikum wieder vollständig zurückgewinnen lässt, wurde heute im Ausschuss für Schule, Kultur und Sport des Städtetags in Ulm beraten.

Arne Braun, neuer Staatssekretär im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg, war zu Gast. Ralf Broß nahm als neues Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Städtetags erstmals an einer Sitzung dieses Gremiums teil.

Der Städtetag diskutierte mit Staatssekretär Braun über Energiesparmaßnahmen im Kulturbereich, Green Culture und Nachhaltigkeit; außerdem über Förderprogramme des Landes und über das Publikumsverhalten, weil Besucher nach den Corona-Einschränkungen teilweise nicht zurückkehren. „Die Zusammenarbeit zwischen Land und Kommunen ist zentral, unser gemeinsames Ziel muss es sein, die Einrichtungen von Kunst und Kultur in der aktuellen Krise zu erhalten, zu stärken und zukunftsfest zu machen“, sagte der Staatssekretär. „Ich bin fest davon überzeugt, dass die Kommunen auch in schwieriger Haushaltslage ihrer Verantwortung gerecht werden, sowie es das Land auch macht. Kunst und Kultur ist für den Zusammenhalt der Gesellschaft in dieser Zeit von größter Bedeutung, und ich bin optimistisch, dass wir gemeinsam mit den Kulturtreibenden kreative Ideen entwickeln, um gut durch den Winter zu kommen.“

Der Städtetag richtete das Anliegen an das Land, Kulturförderprogramme des Landes mehr als bislang für die Kommunen zu öffnen, um damit die örtliche Kulturszene zu stabilisieren und zu stärken. Die Ausschussvorsitzende, Bürgermeisterin Iris Mann, auf deren Einladung der Ausschuss in Ulm tagte, betonte: „Kunst und Kultur sind auch weiterhin als Identifikationsanker vor Ort sowie für die Entwicklung von Kreativität, die Ausbildung einer Wertebasis sowie den gesellschaftlichen Diskurs und Zusammenhalt von großer Bedeutung. Daher würden wir uns sehr wünschen, dass das Land Baden-Württemberg mit uns gemeinsam das Nicht-Besucher-Verhalten analysiert, um zu sehen, an welchen Stellschrauben wir ansetzen können, um wieder mehr Menschen mit kulturellen Angeboten in Kontakt zu bringen.“

Rechtsanspruch auf Ganztagsangebote

Der Ausschuss befasste sich auch mit Schulthemen. Grundschul Kinder im Land werden ab dem Schuljahr 2026/27, beginnend mit der Klassenstufe 1, einen Rechtsanspruch auf Ganztagsangebote an Werktagen über acht Zeitstunden in 48 der 52 Jahreswochen haben. Dieser Anspruch wird in den Folgejahren sukzessive auf andere Klassen erweitert. Ab Schuljahr 2029/30 werden alle ca. 430.000 Grundschul Kinder im Land anspruchsberechtigt sein. „Es steht nicht nur ein soziales Anliegen dahinter, sondern auch ein wirtschaftliches. Ende des Jahrzehnts gehen die Babyboomer-Jahrgänge in Rente, dann wird sich der Fachkräftemangel dadurch dramatisch verschärfen. Wer arbeiten will, soll deswegen nicht auf Familie verzichten müssen. Mehr Betreuung verlässlich anzubieten macht für die Eltern, für die Wirtschaft und für die Gesellschaft Sinn. Für die Kommunen bedeutet er aber eine enorme Herausforderung“, so Ralf Broß. Der Ausschuss habe sich mit einem großen Bündel an Maßnahmen befasst, die dafür landesseitig erforderlich seien und dränge auf eine baldige Verabschiedung der Rahmenbedingungen, auf denen die Ganztagsangebote realisiert werden können. Unverzichtbar sei auch die ausreichende Mitfinanzierung der Angebote durch das Land.

Modernen digitalen Unterricht können Lehrkräfte in den Schulen nur erteilen, wenn sie über digitale Geräte verfügen. Bislang ist die Lehrkräfteausstattung mit Geräten allerdings nicht geregelt und nur bis Ende 2022 über eine Corona-Sonderförderung des Bundes finanziert. „Das Land ist Arbeitgeber von ca. 133.000 Lehrkräften an Schulen. Es muss daher auch deren digitale Ausstattung dauerhaft finanzieren. Der digitale Schwung an den Schulen durch die Corona-

Pandemie darf nicht erlahmen. Deshalb appellieren wir an das Land, diese Finanzierungsfrage bald zu lösen“, so Broß in Ulm.